



Wir arbeiten dafür, dass wir eine Gesellschaft bleiben, die zusammenhält: Junge und Ältere, Starke und Schwächere. Wir müssen vor allem verhindern, dass junge Menschen obdachlos werden, weil sie z. B. im Elternhaus Probleme haben. Wir setzen uns daher für den flächendeckenden Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder und Jugendliche in schwierigen Lagen ein.

Auch wollen wir die Hilfen intensivieren, um Menschen aus der Obdachlosigkeit herauszuholen. Unser solidarisches Sicherungssystem ist stark, um ihnen ein Leben in Würde zu gewährleisten.



Wohnen ist ein Menschenrecht. Menschen, die auf der Straße leben, wollen wir dauerhaft aus der Obdachlosigkeit helfen. Dafür werden wir insbesondere sogenannte Housing-First-Konzepte fördern. Hier beginnt jede Hilfe für Obdachlose mit einer eigenen Wohnung, mit einem Wohnungsschlüssel, Privatsphäre und der grundsätzlichen Möglichkeit für ein selbstbestimmtes Leben.

Andere Hilfeleistungen, etwa gegen Drogensucht, Arbeitslosigkeit oder seelischer Vereinsamung, folgen, nachdem die Menschen ein neues zu Hause gefunden haben.

ZZZ...



U18.ORG

Wie kann den vielen Obdachlosen geholfen werden?



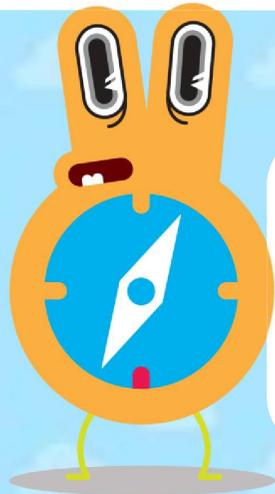
In Deutschland sind derzeit etwa 700.000 Menschen wohnungslos, 40.000 leben ohne Obdach auf der Straße, mehr und mehr junge Menschen, Frauen und Familien. Um diesen Zustand zu beenden, wollen wir ein nationales Aktionsprogramm zur Vermeidung und Bewältigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit auflegen.

Dabei ist der Housing-First-Ansatz ein zentraler Baustein, bei dem Obdachlose in eine Wohnung einziehen können, ohne sich zuvor für Hilfe „qualifizieren“ zu müssen. Kein Mensch soll ohne Obdach und eine dauerhafte würdevolle Unterbringung sein.



Wir wollen den Ansatz Housing First verankern. Er bedeutet, Obdachlose schnell und als ersten Schritt in Wohnungen unterzubringen. Obdachlose Menschen sollen einfach Hilfe und Rat erhalten.

Für Übergangseinrichtungen wollen wir klare gesetzliche Mindeststandards, etwa zur Größe der Räume oder den sanitären Einrichtungen. Niemand darf auf der Straße landen, weil er oder sie die Miete nicht bezahlen konnte. Leerstehende Häuser und Hotels sollen von den Städten und Gemeinden genutzt werden können, um Obdachlosen eine Unterkunft bieten zu können.



Für uns ist es ein sehr wichtiges Anliegen, Obdachlosigkeit zu reduzieren und den Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Von der aktuellen Corona-Pandemie sind auch obdachlose Menschen besonders betroffen und benötigen dringend Unterstützung.

Die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag hat zu diesem Thema detaillierte Vorschläge erarbeitet. Sie fordert u. a. eine Taskforce aus Bund, Ländern und Kommunen, um Lösungen zu erarbeiten. Außerdem soll der „Housing First“-Ansatz weiterentwickelt werden, der eine eigene Wohnung als oberste Priorität ansieht.



Obdachlosigkeit ist ein komplexes Problem, bei dem nicht selten auch psychische Krankheiten eine Rolle spielen.

Obdachlosen Bürgern stehen jederzeit die Nutzung der vielen Hilfsprogramme, Helfer und selbstverständlich Sozialleistungen zu. Diese müssen aber auch angenommen werden.

Um mehr Wohnungen anbieten zu können, möchte die AfD das Wohngeld ausweiten, um die soziale Durchmischung in den Wohngebieten zu erhalten.